

Diana Golze

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: (030) 227 – 72329

Fax: (030) 227 – 76329

E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Pressemitteilung

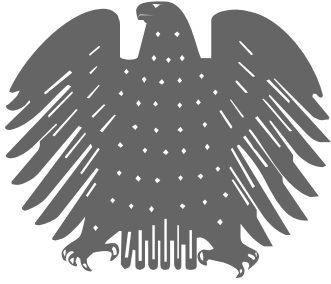
Belzig, 19.7.2007

Schulamt schickt Schüler auf Reise

Zum Stopp der gymnasialen Oberstufe in drei Schulen in Potsdam-Mittelmark erklärt die Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis 60 und kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Diana Golze:

Die demografischen Veränderungen im Land Brandenburg bedeuten auch für die Bildungspolitik eine Herausforderung. Die Schülerzahlen sinken in einigen Regionen des Landes geradezu dramatisch. Es gilt die schulische Grundversorgung zu sichern, und dies im ganzen Lande. Der Weg, den das Staatliche Schulamt Brandenburg im Landkreis Potsdam-Mittelmark gegangen ist, ist der falsche. Drei Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe - Belzig, Ziesar und Lehnin – wurden zu Oberschulen „degradiert“. Die Sekundarstufe II wurde geschlossen, weil eine handvoll Schüler an den wohnortnahen Schulen fehlen.

In den Sommerferien erfuhren die Schulen, Schüler und Eltern davon – viele erreicht die Nachricht an der Ostsee oder auf Mallorca. Über 100 Schüler wissen momentan nicht, in welcher Schule sie zum neuen Schuljahr lernen werden. Nun ist Mobilität gefragt. So wie Arbeitnehmer der Arbeit, so müssen nun auch die brandenburgischen Schüler der Bildung hinterher reisen. Wollen wir wirklich, dass unsere Kinder mehrere Stunden täglichen unterwegs sind? Was für die Schulverwaltung nur eine Rechenaufgabe ist, ist für viele Schüler und ihre Familien nicht nur ein hoher Zeitaufwand, sondern auch mit höheren Kosten verbunden. Hier stellt sich die Frage nach der Schülerbeförderung, denn



Diana Golze

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: (030) 227 – 72329

Fax: (030) 227 – 76329

E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Pressemitteilung

erstattungsfähig sind nur die notwendigen Fahrtkosten für den Schulweg zur zuständigen bzw. kostengünstigsten erreichbaren Schule der gewählten Schulform.

Wie geht das mit dem Grundsatz von Ministerpräsident Platzeck „Wir lassen kein Kind zurück“ zusammen?

Das Staatliche Schulamt und die kreisliche Schulverwaltung „verstecken“ sich hinter dem starren brandenburgischen Schulgesetz. Dieses schreibt die Norm von 60 Schülern pro Jahrgangsstufe vor und erkennt nicht die unterschiedlichen Realitäten im Land an. Warum passt man das Gesetz nicht den Bedingungen des dünn besiedelten ländlichen Raumes an, statt die Wirklichkeit dem Gesetz unterzuordnen? Wir brauchen ein flexibleres Gesetz, welches die Bedingungen im „Speckgürtel“ und im äußeren Verflechtungsraum entsprechend berücksichtigt.

Wenn unsere verantwortlichen Politiker einmal einen Blick über die Landesgrenzen werfen würden, könnten sie feststellen, dass vergleichbare dünn besiedelte Regionen in Norddeutschland diese Problematik ohne Schulschließungen in Dimensionen, wie im Land Brandenburg, gelöst haben. Das unterstreicht die Forderung der Linken, endlich die sinkende Zahl der Schüler nicht für Schulschließungen, sondern für kleinere Klassenstärken und damit für eine bessere Qualität der Bildung zu nutzen.